The show must go on! : Dritte Internationale Nordseeschutzkonferenz

Autor(en): **Ilschner, Burkhard**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Wechselwirkung : Technik Naturwissenschaft Gesellschaft**

Band (Jahr): **12 (1990)**

Heft 44

PDF erstellt am: **27.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-652689

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

The Show must go on!

Dritte Internationale Nordseeschutzkonferenz

Anfang März diesen Jahres treffen sich die Umweltminister der Nordsee-Anrainerstaaten zu ihrer Dritten Internationalen Nordseeschutzkonferenz in Den Haag.
Gut zwei Jahre sind seit der letzten Konferenz in London vergangen, am Zustand der Nordsee hat sich jedoch wenig geändert. Dies ist auch kaum verwunderlich, sind doch solche Konferenzen eher als »Showeffekt« für die Öffentlichkeit zu werten denn der ernsten und verbindlichen Festlegung von Maßnahmen unter den beteiligten Staaten.
So liegt auch bereits das Abschlußdokument der kommenden Nordseeschutzkonferenz vor, das Burkhard Ilschner, Mitarbeiter der Aktionskonferenz Nordsee in Bremen, sich kritisch vorgenommen hat.

von Burkhard Ilschner

Wenigstens in einem Punkt sind die Umweltminister der Nordsee-Anrainerstaaten konsequent: Wenn sie Anfang März 1990 in Den Haag zur Dritten Internationalen Nordseeschutzkonferenz (INK 3) zusammenkommen, werden sie die Traditionen früherer Konferenzen pflegen und fortsetzen – und den Schutz der Nordsee dem Primat der Ökonomie unterordnen. Aber die Minister sind auch wandlungs-, ja, anpassungsfähig: Wer die Entwicklung der INK verfolgt hat, wird feststellen, daß sich die Politiker – unterstützt von mittlerweile einem Heer von Beamten – immer besser darauf verstehen, ihr Tun (beziehungsweise Nichtstun) zu verbrämen, mit langatmigen Papieren in einer sprachlich oft grausam klingenden Mixtur juristischer, wissenschaftlicher und diplomatischer Floskeln zuzukleistern.

Wie bei internationalen Konferenzen dieser Art üblich, wird nichts dem Zufall überlassen. Seit der INK 2 Ende 1987 in London wird im Grunde genommen schon die INK 3 vorbereitet: In wissenschaftlichen wie administrativen Arbeitsgruppen, unterstützt von Anhörungen, Expertisen, Konferenzen sind die Grundlagen des Treffens in Den Haag vorbereitet worden. Wenn eines Tages ein Historiker die Geschichte des Nordseeschutzes untersuchen sollte, wird es interessant sein, den Aufwand (Personal, Fahrtkosten, Organisation, Material etc.) einer INK-Vorbereitung dem der eigentlichen Nordseeschutzmaßnahmen gegenüberzustellen. Anders formuliert: die INKs sind seit ihrem Beginn 1984 so etwas wie ein Selbstläufer, ein ständig wucherndes Parkinson-Geschwür, ein sicher auch lukrativer Teil des internationalen Konferenz- und Kongreßbusiness geworden.

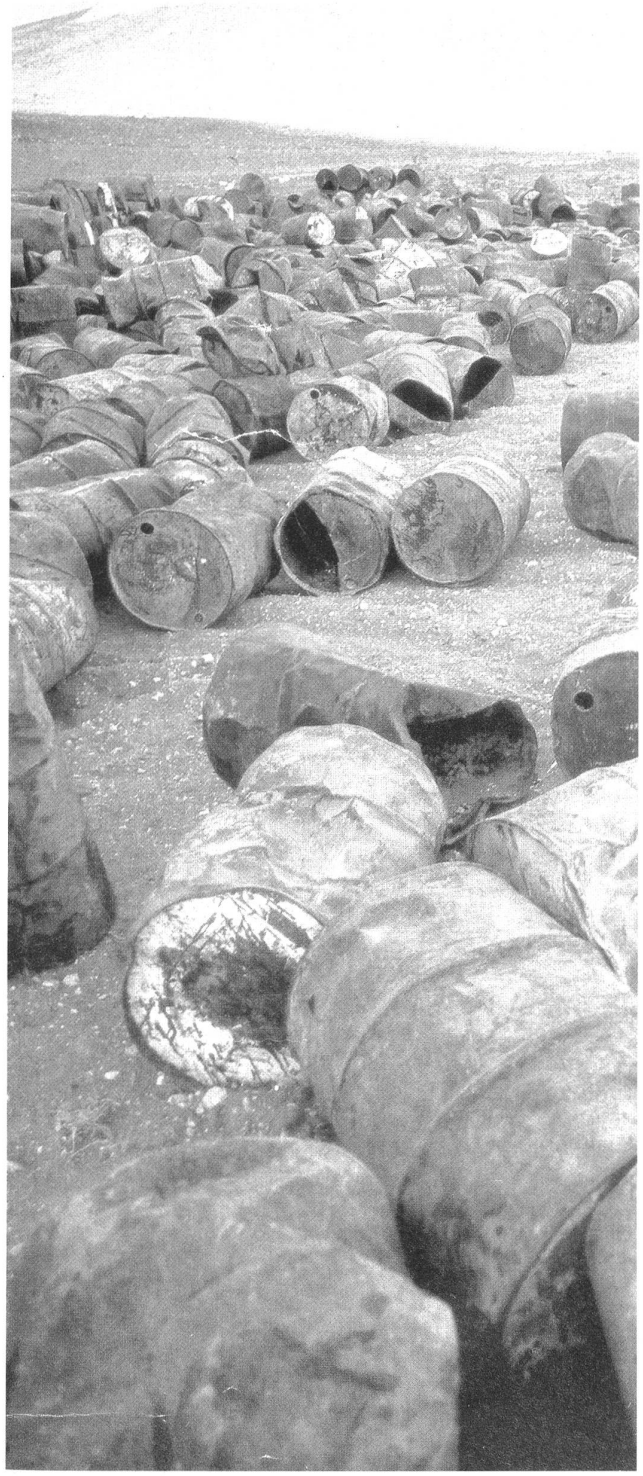
So kann es auch nicht verwundern, wenn schon jetzt – gut vier Wochen vor der INK 3 – ihr Ergebnis in ganz wesentlichen Teilen feststeht. Mehr noch: Seit Monaten schon sind die Arbeitsgruppen, Beamten und Staatssekretäre der beteiligten Nationen damit beschäftigt, den Entwurf der Abschlußerklärung der Minister vorzubereiten. Um jedes Wort, um jedes Komma, jede Fußnote wird verhandelt und gerangelt. Die meisten Inhalte und Aussagen, die die Minister am 8. März 1990 als überraschendes und überragendes Ergebnis ihrer zweitägigen Beratungen der Öffentlichkeit präsentieren wollen, stehen bereits jetzt verbindlich fest. Inhalte, um die noch verhandelt wird, und die wenigen strittigen Fragen finden sich in dem Entwurf der Abschlußdeklaration der INK 3 in eckigen Klammern wieder – versehen mit Fußnoten, wer zu dem jeweiligen Punkt welche Position einnimmt oder Vorbehalte geltend macht.

Statt Vermeidung Technologie »draufsatteln«

So gesehen, ist das INK-Dokument auch vor der INK schon ein äußerst aufschlußreiches Papier, das eines mit Sicherheit aussagt: Keiner der beteiligten Staaten hat das Recht, mit dem umweltpolitischen Finger auf die anderen zu zeigen (und doch werden sie es in der Öffentlichkeit tun). Im Gegenteil: Je nach wirtschaftlichem Interesse der beteiligten Nationen finden sich in den erwähnten Klammern und Fußnoten Hinweise auf ständig wechselnde Koalitionen, wer mit wem welche Maßnahme in welchem Zeitraum gegen wen durchsetzen möchte.

Um zur Anfangsbemerkung, dem Primat der Ökonomie, zurückzukehren: Schon in der Präambel des Dokuments wird die Richtung aller Nordseeschutzpolitik festgeschrieben. Da wird zwar das Ziel formuliert, schädliche Emissionen an der Quelle zu vermindern und Entwicklung wie Gebrauch von abfallarmen oder abfallfreien Produktionsprozessen und ungefährlichen Produkten vorantreiben zu wollen. Aber dieses Ziel steht unter dem ausdrücklichen Vorbehalt, mit der Industrie zu kooperieren und die »beste verfügbare Technologie« einzusetzen. Dieser an sich wohlklingende Vorsatz wird durch eine (schon bei der INK 2 in London auftauchende) Fußnote erläutert: *»Im gesamten Text dieser Deklaration ist der Begriff 'beste verfügbare Technologie' unter Einbeziehung ihrer wirtschaftlichen Verfügbarkeit zu verstehen.«* Unter Umweltschutzgesichtspunkten ist das eine doppelte Ohrfeige, nicht mehr und nicht weniger. Schon die Begrenzung von Nordseeschutz auf »beste verfügbare Technologien« ist eine ökologisch unsinnige Festlegung, die ausschließlich ökonomische Hintergründe hat. Da wird nicht geredet, nicht einmal nachgedacht über Verbote schädlicher Stoffe oder Produkte, kein Gedanke wird verschwendet an die mögliche Vermeidung gefährlicher Stoffe oder Umstellung riskanter Produktionsverfahren.

Nein, politisches Konzept ist und bleibt die von Kritikern als »Draufsattelei« bezeichnete Technologiehörigkeit. Trotz umfangreicher (wenn auch längst nicht ausreichender) Kenntnisse über Risiken bestimmter Produkte oder Verfahren wird administrativ die Denkrichtung gepflegt, über nachgeschaltete technische Verfahren (z.B. Klärstufen, Filteranlagen, Reinigungsprozesse) die



Nordseeumwelt von Schadstoffen zu befreien. Schon dieses technische Draufsatteln ist ein trojanisches Pferd, weil es Schadstoffe nicht vermeidet oder beseitigt, sondern nur verbirgt und neu verteilt. Die aktuelle Diskussion um die Giftmüllverbrennung auf See wie auch die beabsichtigte Schließung der DDR-Deponien macht deutlich, daß dies ein Weg in eine Sackgasse ist: Denn jeder Fortschritt in der »Draufsattelei« läßt die Menge von teilweise hochbelasteten Klärschlämmen, Filterstäuben oder konzentrierten Auswaschlösungen anwachsen, ohne daß jemand sagen kann, was damit geschehen soll.

Das Nicht-Produzieren, das Nicht-Einleiten soll und darf nach der INK-Philosophie letztlich nur dort gedacht und gemacht werden, wo es sich rechnet. Dabei wird die Perversion dieser Denkungsart mit der Floskel »wirtschaftlich verfügbar« auf die Spitze getrieben. Denn diese Formel meint ausschließlich die Verfügbarkeit, die Ökonomen mit dem Begriff »betriebswirtschaftlich« verbinden. Entscheidend für die Anwendung oder Nichtanwendung eines Verfahrens ist die Kosten-Nutzen-Rechnung des jeweiligen Betriebes, bestenfalls einer Branche. Die gesamte Umweltschutzpolitik nicht nur der Nordseeregion würde grundlegend anders aussehen (und wirken), wenn Politiker nur einmal den Mut und das Rückgrat hätten, die Industrie auf eine Produktpolitik festzunageln, die volkswirtschaftlich orientiert ist, das heißt, die Umweltschäden an Natur, Landschaft und physischer wie psychischer Gesundheit der Menschen an ihren für die Allgemeinheit entstehenden (und in der Regel vom Beitrags- oder Steuerzahler zu tragenden) Folgekosten mißt. Welch' ein Traum!

Konferenzen mit Showeffekten

Zurück zum INK-Dokument: Angesichts solcher Prämissen nützt es wenig, wenn die Minister in ihrer Abschlußerklärung so hehre Bekenntnisse wie das Vorsorgeprinzip zum wiederholten Male ablegen. *»Möglicherweise schädigende Einflüsse von schwer abbaubaren, giftigen und sich anreichernden Stoffen«* sollen vermieden werden, und zwar *»selbst dort, wo kein wissenschaftlicher Beweis für einen kausalen Zusammenhang zwischen Eintrag und Wirkung«* vorliegt. Ohne den Wirtschaftlichkeitsvorbehalt, der unmittelbar nach dieser Formel in dem Dokument festgehalten ist, wäre diese Definition von Vorsorge nicht nur brauchbar, sondern richtungweisend zu nennen. Mit dem Vorbehalt jedoch ist sie das Papier nicht wert, auf dem sie steht.

Die Präambel macht noch eine erwähnenswerte Vorgabe: Maßnahmen zur Reduzierung von direkt oder indirekt schädigenden Einflüssen sollen vorrangig auf nationaler Ebene kontrolliert und durchgesetzt werden, die internationale Ebene findet nur mit dem Zusatz »wo angemessen« Erwähnen. Klar, daß eine solche Formulierung zunächst mal für Verblüffung sorgt. Schließlich liest sich das ja wie ein Aufruf, besser noch: eine Verpflichtung zu nationalen Alleingängen. Wozu, fragt man sich, ist dann überhaupt eine »Internationale Nordseeschutzkonferenz« notwendig? Eine Frage, auf die es wie in den vergangenen Jahren eigentlich nur eine Antwort gibt: Diese Konferenzen haben im Grunde genommen lediglich einen Showeffekt. Sie sollen der Öffentlichkeit handlungsbereite und vorausschauend denkende Politiker vorführen. Das unbestreitbare Verdienst dieser Schauveranstaltungen ist, daß über die Medienwirkung das Problem »Nordseeschutz« in die Köpfe der Menschen transportiert wird. Ihr Risiko andererseits liegt in den Illusionen, die weitverbreitet geweckt werden, es werde ja was getan.

Nicht nur für eine Verpflichtung zu nationalem Handeln wäre eine INK in der Sache überflüssig. Auch für die »internationale Ebene« ist ihr Sinn zumindest fragwürdig. Denn in unzähligen existierenden internationalen Vereinbarungen und Kommissionen sind zahlreiche Detailprobleme des Meeresschutzes bereits seit Jahren geregelt (nicht immer befriedigend, wie der Zustand unserer Umwelt beweist, aber jedes Abkommen läßt sich, wenn gewollt, von den Vertragsparteien fortschreiben und verbessern). Zwei von vielen möglichen Beispielen: Die Oslo-Konvention ächtet schon seit 15 Jahren das Verklappen und Verbrennen auf See – ohne daß das Verklappen und Verbrennen deshalb international

eingestellt worden wäre. Die Pariser Konvention ächtet den Schadstoffeintrag vom Lande aus, das heißt aus Flüssen und Rohrleitungen; am Zustand unserer Flüsse hat das, wie man sieht, nicht viel geändert – im Gegenteil.

Die INK nun kann ihrerseits auf vielen Feldern, wo Handeln not tut, überhaupt kein Handeln beschließen, weil die an der INK beteiligten Nordsee-Anrainerstaaten zugleich Vertragsparteien der Oslo-Konvention, der Pariser Konvention etc. sind und somit sich natürlich in diese Verträge eingebunden sehen. In unzähligen Abschnitten der Schlußdeklaration wird denn auch auf die entsprechenden anderen Abkommen oder gar auf die Zuständigkeit der jeweiligen Kontrollgremien (die Oslo- bzw. Paris-Kommission überwacht die Einhaltung des betreffenden Vertrages und diskutiert seine Fortschreibung) verwiesen.

Die »Final Declaration« der INK ist, so gesehen, nicht mehr und nicht weniger als eine völkerrechtlich unverbindliche Deklaration, deren Aussagen in internationale Gremien wie in nationale Politik anregend, empfehlend einfließen. Und das muß gar nicht vorteilhaft sein: Die »Pariser Kommission« etwa hat mittlerweile ihre Definition des Vorsorgeprinzips an der Deklaration der INK 2 (London 1987) ausgerichtet: mit Wirtschaftlichkeitsvorbehalt. Der einzig verbindliche Beschluß der INK 3 dürfte der sein, die INK 4 im Jahre 1995 in Dänemark abzuhalten: The Show must go on.

Trotz positiver Aspekte nur Problemverlagerungen

Show hin, Show her: Um der Fairness willen dürfen – über die erwähnte Öffentlichkeitswirkung hinaus – zwei weitere positive Aspekte der mit den INKs praktizierten Art von Nordsee-»Schutz«-Politik nicht unerwähnt bleiben. Zum einen hat die permanente Vorbereitung der jeweils nächsten INK zur Folge, daß in allen beteiligten Staaten beträchtliche Mittel bereitgestellt worden sind, um die einzelnen Sachthemen wissenschaftlich-gutachterlich abzusichern. Auch wenn Experten hier und da Bedenken anmelden mögen, ob es mit dieser manchmal in Auftragsforschung mündenden Vorgehensweise alles seine Richtigkeit hat: Der Erkenntnis- und Wissensschub über Belastungspfade und -wirkungen ist zweifellos beträchtlich zu nennen – und von ihm profitieren nicht nur die in den INKs eingebundenen Administrationen, sondern ebenso ihre Kritiker. Der denkbare Frust mancher Forscher, die Risiken und Bedrohungen aufzeigen und dann feststellen, daß dennoch nichts Durchgreifendes passiert, steht allerdings auf einem anderen Blatt.

Zum zweiten ist festzuhalten, daß das Technik- und Ökonomieorientierte Umweltschutzdenken der INK-Politiker nicht nur Show und Fassade, nicht nur profitorientierte Suche nach neuen Märkten (Umwelttechnik) ist, sondern auch punktuelle Erfolge im Interesse der geschundenen Nordsee zeigt. Es ist einfach nicht zu bestreiten, daß die »Draufsattelei« dazu führt, daß bestimmte Stoffe aus bestimmten Gewässern (oder der Atmosphäre) ferngehalten oder vielleicht gar wieder entfernt werden. Es ist auch nicht zu bestreiten, daß manches Aufarbeitungsverfahren Stoffe, die bislang schädigend in die Umwelt freigesetzt worden sind, anderen Verwendungszwecken zuführt.

Nur: Wenn Politiker sich mit diesen Erfolgen brüsten, ist immer und überall äußerste Vorsicht geboten. Zum einen ist von Fall zu Fall zu untersuchen, ob das jeweilige Verfahren der Reinigung oder Aufarbeitung denn wirklich zu unschädlichen, nützlichen neuen Produkten oder Halbprodukten führt. Meist ist das Gegenteil der Fall, meist werden die gefährlichen Stoffe ja nur in anderer

Form auf neue Märkte gebracht. Dies mag als »Problemverlagerung Nr. 1« bezeichnet werden.

»Problemverlagerung Nr. 2« wäre dann die eingangs schon erwähnte Schwierigkeit, daß mehr und bessere Klärstufen zu mehr und giftigeren Klärschlämmen, mehr und bessere Filter zu mehr und giftigeren Filterstäuben führen. Was sich, oberflächlich betrachtet, als punktueller Erfolg in Sachen Nordseeschutz darstellt, ist in Wahrheit nichts anderes als Augenwischerei (wenn nicht Schlimmeres!). Denn die Minister, die bei einer INK bestimmte Maßnahmen unter dem Etikett »Nordseeschutz« verabreden, wissen sehr genau, daß sie nach ihrer Rückkehr sich schnurstracks mit neuen Deponie- oder Verbrennungsproblemen werden herumschlagen müssen; und trotzdem fahren sie auf ihrem Gleis weiter.

Das ist das Fatale, das ist der grandiose Zynismus schlechthin: Nicht nur die Erfolge der INK-Politik müssen als »nur punktuell« bezeichnet werden – sondern auch das Denken der INK-Politiker. Tatsächlich werden sie, wie Tarzan von Teilerfolg zu Teilerfolg sich hangelnd, von der Entwicklung der Umweltsituation dschungelmässig überwuchert. Einige Beispiele aus der INK-Abschlußdeklaration sollen das abschließend belegen.

Zentrales Sachthema ist die Belastung der Nordsee durch gefährliche Stoffe (definiert als »nicht abbaubar, giftig und anreicherungsfähig«). Bei der Londoner INK 1987 hatten die Minister zu diesem Punkt den richtungweisenden Beschluß gefaßt, alle Ein-

träge dieser Stoffe bis 1995 um 50% – bezogen auf die Werte von 1985 – reduzieren zu wollen. INK-Kritiker hatten damals schon das schallende Hohngelächter angestimmt: Denn weder waren die Ausgangswerte von 1985 bekannt oder erfaßt, noch waren die in Frage kommenden Stoffe verbindlich benannt worden. Zudem war damals bereits darauf hingewiesen worden, daß eine so formalistische 50-Prozent-Klausel sich schon rein sachlich als blödsinnig, als auf Showeffekt zielend erweist. Denn sinnvollerweise mußte jede Eintragsreduzierung stoffbezogen diskutiert werden – beim einen könnten schon 20% eine merkliche Entlastung bringen, bei anderen reichen vielleicht nicht einmal 99%.

Prioritätenliste – unverbindlich

1990 nun steht in Den Haag eine Überprüfung der Beschlüsse von London auf der Tagesordnung. Das in der jetzigen Schlußdeklaration vorgesehene Ergebnis dieser Überprüfung ist frappierend: Zum einen haben noch nicht alle Staaten überhaupt ihre Bezugswerte für 1985 erfaßt bzw. vorgelegt. Soweit sie vorgelegt worden sind – was beispielsweise die Bundesrepublik von sich behauptet –, wäre allerdings die Qualität dieser Messungen noch zu überprüfen. Denn in den vergangenen drei Jahren ist hierzulande von exakten und umfassenden Meßprogrammen (so sie bei einzelnen Stoffen überhaupt möglich sind!) nichts bekannt geworden. Im Gegenteil: Im Bericht der Bundesregierung an den Bundestag über die Umsetzung der Beschlüsse der 2. INK stand ausschließlich, es obliege für die Bundesrepublik »den Ländern«, die Basisdaten 1985 *»abzuschätzen«*. Trotzdem behaupten alle Staaten, nationale Handlungspläne zur Umsetzung des Londoner 50-Prozent-Beschlusses gefaßt zu haben.

Weil eine solche Feststellung aber als Erfolgsmeldung der INK 3 völlig unzureichend wäre, wollen die Minister in ihrer Schlußerklärung wortreich Handlungsbereitschaft signalisieren: Eine Prioritätenliste soll verabschiedet werden, deren Umfang noch nicht abschließend erörtert ist. Im Dezember standen noch 39 Stoffe zur Debatte, derzeit sind es 37 (Zum Vergleich: Seit den siebziger Jahren schon gilt die Forderung der EG, die 129 Stoffe ihrer sogenannten »Schwarzen Liste« zu verbieten. Die BRD hat es bis heute auf einen gebracht!). Diese Stoffe sollen vorrangig dem Londoner 50-Prozent-Beschluß unterworfen werden. Neu ist, daß diese Reduzierung auch auf atmosphärische Einträge angewendet werden soll, hier allerdings wird noch verhandelt, ob solche Vereinbarung auf 1995, 2000 oder unbefristet getroffen werden soll. Darüber hinaus stehen weitere Maßnahmen, bezogen auf Pestizide, auf 70- bis 90prozentige Reduzierungen (ohne Fristen) für einzelne Stoffe sowie auf einzelne Produktionsbereiche zur Debatte.

Aber auch dieser umfangreiche Katalog ist gekennzeichnet durch Unverbindlichkeit und dem Primat der Wirtschaftlichkeit für alle Maßnahmen.

Und während über derartige Kataloge monatelang debattiert und beschlossen wird, sind schon wieder x neue chemische Verbindungen mit oft unbekannten Wirkungen und vor allem völlig unerforschten Wechselwirkungen geschaffen worden. Wenn man den Ministern, die so an das Thema Nordseeschutz herangehen, nicht unterstellen will, daß sie sich leichtfertig von der Entwicklung der immer noch boomenden Chemieproduktion überrollen lassen, können solche Beschlüsse nur dahingehend interpretiert werden, daß hier unter dem Deckmantel der Umweltpolitik die ökonomischen Interessen einzelner Konzerne und Branchen einzelner Nationen aufeinander abgestimmt werden sollen – vielleicht im Hinblick auf den bevorstehenden EG-Binnenmarkt, um die gemeinsame Schlagkraft auf den Weltmärkten zu stärken? Für diese Interpretation spricht, daß nach Angaben des Bundesumweltministeriums (im Rahmen der Verbändeanhörung am 26. Oktober 1989) die gesamte Politik von Emissionsverminderungen nach Töpfers vielzitiertem Konzept »freiwillige Vereinbarungen mit der Industrie« abgewickelt werden soll. Zwar steht diese Formel so derzeit noch nicht in dem INK-Dokument, dennoch ist sie – und sie wird ja bereits praktiziert, siehe FCKW! – der eigentliche Inbegriff des vielzitierten Wirtschaftlichkeitsvorbehalts.

Schlußbemerkung

Sich mit dem INK-Dokument auseinanderzusetzen, bringt ein Problem mit sich: Es wäre erforderlich, das mit seinen Anhängen 45 Seiten starke Papier so detailliert wiederzugeben, daß es verständlich wird – und dann so fundiert und erklärend zu kritisieren, daß mensch mit dieser Kritik auch argumentieren und arbeiten kann. Nur: Dieses Vorgehen verbietet sich aus Platzgründen. Wir haben uns deshalb hier und jetzt auf eine politische Wertung einerseits der strategischen Festlegungen der Minister in der Präambel ihrer Deklaration, andererseits der taktischen Umsetzung am Beispiel »Gefährliche Stoffe« beschränkt.

Dieser Entscheidung liegt einerseits die Einschätzung zugrunde, daß – wie erwähnt – die INK-Deklaration eben keine verbindliche Abmachung darstellt, die am Tag nach dem Ministertreffen Alltagspolitik wird, sondern die nur Empfehlungscharakter hat und in die politischen Entwicklungen der nächsten Jahre hineinwirkt. Auch wenn die Situation unserer Umwelt immer wieder zu der Parole »wir haben keine Zeit zu verlieren« Anlaß gibt: In der Auseinandersetzung mit der politischen Realität müssen wir uns bei allem Druck der Verhältnisse doch die Zeit nehmen, gewissenhaft zu analysieren und Stellung zu nehmen, um Gegendruck erzeugen zu können.

Andererseits begründet sich diese Beschränkung in der These, daß Nordseeschutz-, ja jede Umweltpolitik grundsätzlich und vor allem als Auseinandersetzung mit der herrschenden Chemiepolitik betrieben werden muß. Die INK-Deklaration von Den Haag enthält – ebenso wie ihre VorgängerInnen von London und Bremen – selbstverständlich auch detallierte Ausführungen über andere Risiken und Gefahren für die Nordseeumwelt (Nährstoffe, atmosphärische Belastung, Verklappung und Verbrennung auf See, Gefährdung durch Schiffahrt, durch Offshore-Einrichtungen, Radioaktivität etc.) Fast alle diese Sachfragen lassen sich aber auch (mindestens teilweise) als Folgen oder Begleiterscheinung der Chemiepolitik beschreiben. Hier und jetzt soll daher die Feststellung genügen, daß diese Kapitel genauso verwaschen, widersprüchlich und wirtschaftlichkeitsorientiert gehalten sind wie die beschriebenen Abschnitte.

Die Minister wollen sich, wie erwähnt, erst 1995 zur nächsten INK treffen. Zwischenzeitlich soll ein wissenschaftliches Symposium sich mit einem neuen »Gütezustandsbericht« über die Nordsee befassen (der letzte wurde 1987 in London vorgelegt). Und für 1992 sind Sitzungen der »Pariser Kommission« und der »Oslo-Kommission« auf Ministerebene geplant. Diese Treffen und Termine werden die Kulminationspunkte der weiteren Arbeit der mit der Nordseeproblematik befaßten Umweltverbände sein müssen – von aktuellen Entwicklungen einmal abgesehen. ♦

Der Artikel von Burkhard Ilschner erscheint auch in WATERKANT – Mitteilungsblatt der Aktionskonferenz Nordsee, Nr. 1/1990.